

MEINUNGSFREIHEIT

Ein Hoch auf die 70 Prozent

Von Sonja Zekri

Gerade wird sich viel hineingefühlt in die Seele der AfD-Wähler. Doch wer nimmt eigentlich die Sorgen derer ernst, die nicht zu diesen 30 Prozent gehören? Beobachtungen von einem Podiums-Abend des PEN Berlin.



Monika Maron, Eva Menasse und Moderator Jan Feddersen auf dem Podiumsabend in Potsdam (Foto: PEN Berlin)

Die Nacht und herbstliche Kühle haben sich über die kleine Bühne gesenkt, als Monika Maron eine Lanze für die AfD-Wähler bricht. Eine gefühlte Ewigkeit hat sich das Gespräch im Potsdamer „Waschhaus“ ums Gendern gedreht, das Maron bekanntermaßen als kreativitätsfeindlich und aggressiv begreift. Es ist die Abschlussveranstaltung der hochgelobten Reihe „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ des PEN Berlin, die in Thüringen, Sachsen und nun in Brandenburg die Lage der Meinungsfreiheit erkundet. Aber natürlich geht es, wenige Tage vor der brandenburgischen Landtagswahl, auch um die AfD.

Mit der man, so Maron, immer schon und auch jetzt ganz falsch umgehe. Bereits die frühe, noch gar nicht so rechte Partei habe man „unter Nazi-Verdacht“ gestellt, tadelt sie in Potsdam. Noch immer haben Menschen das Gefühl, sie könnten nicht sagen, dass sie AfD wählen, so Maron: „Warum nicht, es ist eine legale Partei?“

Nun hört man vielerorts eigentlich anderes, dass es bei 30 Prozent Zustimmung eher eine Art Bekennerstolz unter AfD-Wählern gibt, auch unter Jüngeren. Aber der Abstand zwischen den Rechten und Monika Maron ist in den vergangenen Jahren geschrumpft, viele sagen: bis zur Verwechselbarkeit.

Es sei nicht gut, Menschen wählen zu lassen, aber ihre Stimmen bei der Regierungsbildung nicht ernst zu nehmen, sagt sie. Ganz gleich, welche Koalition in Thüringen, Sachsen oder demnächst in Brandenburg zustande komme, ob mit oder ohne CDU, „es bleibt irgendwie links“.

Das würde Friedrich Merz zwar nicht auf sich sitzen lassen, aber ganz von der Hand zu weisen sind Marons Einwände ja nicht. Auch PEN-Berlin-Sprecherin Eva Menasse sann in Potsdam darüber nach, ob man die Partei nicht einfach machen lassen solle, schließlich sehe man in ihrem Geburtsland Österreich, dass sich die Rechten mit schöner Regelmäßigkeit selbst zerlegen.

Dass die Bedürfnisse von AfD-Wählern ignoriert würden, stimmt in Wirklichkeit schon lange nicht mehr

Politisch, keine Frage, haben die beiden einen Punkt, gibt es Brandmauer-Schwüre, Isolationsversuche, Ächtung. In Dresden und Erfurt verbiegen sich die übrigen Parteien, um AfD-Landesregierungen zu verhindern. In Brandenburg hat Dietmar Woidke sein politisches Schicksal mit dem Sieg seiner SPD über die AfD verknüpft, eine Duell-Situation, um letzte Reserven zu mobilisieren.

Aber inhaltlich? Da sieht es doch sehr anders aus. Brandenburgs CDU-Innenminister Michael Stübgen hat gerade die Abschaffung des Asylrechtes vorgeschlagen. Sein Parteichef Friedrich Merz möchte keine Menschen mehr aus Syrien und Afghanistan aufnehmen, die Bundesregierung hat Grenzkontrollen eingeführt wie in den tiefen Achtzigern. Der AfD müsse der Wind aus den Segeln genommen werden, heißt es zur Rechtfertigung, Überfremdungsängste müssten ernst genommen werden.

Dass die Bedürfnisse von AfD-Wählern ignoriert werden, wie Maron behauptet, könnte von der Wirklichkeit also nicht weiter entfernt sein. Selten wohl wurden politische Subjekte so sorgsam betrachtet wie derzeit jene, die dieses Land bis zur Unkenntlichkeit verändern wollen. Oft wird dann auf die besondere Sensibilität der Menschen im Osten hingewiesen, auf

ihr feines Ohr für politische Propaganda, dabei darf man da gerade im Fall der AfD-Wähler Zweifel haben. Eines der Plakate in Thüringen zeigte den Slogan „Ja zur Jugend“ und darunter, auf einem Motorrad, den 52-jährigen Björn Höcke.

Was ist mit den 70 Prozent der Wähler, die nicht für die AfD stimmen? Wer hört die?

Was bei all dem Hineinfühlen in die Seele der AfD-Wähler oft auf bemerkenswerte Weise untergeht, ist der Rest, sind jene 70 Prozent, die weder in Sachsen noch in Thüringen für die Rechten gestimmt haben und es sehr wahrscheinlich auch in Brandenburg nicht tun werden. Es sind jene, die sich zu Veranstaltungen wie jenen des PEN Berlin versammeln, es ist, kurz, die demokratische Mehrheit.

Thüringens Nochministerpräsident Bodo Ramelow gehört zu jenen, die diese Mehrheit feiern. Er betrachte es als seine Aufgabe, „die 70 Prozent plus zu stärken“, hat er bei „Lanz“ einmal gesagt. Das hat den Kollaps seiner Partei Die Linke bei der Wahl nicht verhindert, aber hätte eine weitere Imitation der AfD-Zuwanderungsphobie es getan? Müsste man nicht viel dringender jene hegen und pflegen, die sich dem autokratisch-völkischen Umbau des Landes entgegenstemmen? Die eben nicht bräsig ihren Affekten nachgeben, sondern sehr genau abwägen, wie sie die AfD schwächen und demokratische Parteien stärken können?

In Sachsen beispielsweise warben die Organisation „Campact“ und die Initiative „Taktisch wählen“ in großem Stil dafür, so zu stimmen, dass eine AfD-Sperrminorität verhindert wird. Und es gelang. Dass ein Grund dafür auch in der schwächeren Parteienbindung liegt, dass es durchaus seine Tücken hat, wenn der Wählerwille weniger politischen Neigungen als strategischen Überlegungen folgt, ist nicht von der Hand zu weisen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass diese Art der Stimmabgabe ein beachtliches demokratietheoretisches Niveau voraussetzt.

Der Druck von rechts auf die Zivilgesellschaft ist hoch, erfuh auch der PEN Berlin

Oft wird die Konfrontation auch im Kleinen ausgetragen, fern der großen Bühnen. Und manchmal entscheiden spröde juristische Details. Mehr als 150 Vereine haben im Sommer offene Briefe an Kanzler Olaf Scholz geschrieben und um eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts gebeten. Nach bisheriger Rechtslage dürfen sich Vereine nicht politisch äußern, die AfD zeigt immer wieder Vereine beim Finanzamt an, die sich kritisch über die Partei – also: politisch – äußern. Brandenburgs AfD-Spitzenkandidat Hans-Christoph Berndt etwa will im Falle eines Wahlsieges nicht nur alle Regenbogenfahnen kassieren, schließlich mache er Politik „für die eigenen Leute“, sondern droht auch dem Landesjugendring mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit, nachdem dieser ein AfD-Verbot gefordert hatte.

Welchem Druck die Zivilgesellschaft inzwischen standhalten muss, erfuhr auch der PEN Berlin bei seiner Tour im Osten, so berichtet Sprecher Deniz Yücel. Leiterinnen von Bibliotheken oder Kulturhäusern berichteten von Anfeindungen und Angriffen wie in den Neunzigerjahren, umso größer die Dankbarkeit über den Besuch des PEN Berlin. Überhaupt hat man den Eindruck, dass der Verein im sehr Kleinen vorgeführt hat, was man sich im sehr viel Größeren wünscht.

Gesundheit, Infrastruktur, Bildung – das sind die Themen, die eigentlich mehr bewegen

Kurz vor den Wahlen haben drei Zeitungen – Märkische Oderzeitung, Märkische Allgemeine und Lausitzer Rundschau – die Brandenburger gefragt, was sie sich wünschen und was sie stört. In der Prignitz im Nordwesten Brandenburgs ergab dieses „Brandenburg-Barometer“ Defizite bei „Gesundheit und Pflege“, „Mobilität und Infrastruktur“ und bei „Bildung“. Was die Menschen – trotz der Messermänner wie in Solingen – weniger umtreibt: „Sicherheit“. Und Migration? Die Prignitzerinnen und Prignitzer beobachten, dass in den Schulen durch die Zuwanderung Probleme entstehen, aber nur eine kleine Zahl der Teilnehmer, so MAZ, MOZ und Lausitzer Rundschau, wolle gar keine Zuwanderer mehr aufnehmen. Stattdessen wünschen sich viele mehr Maßnahmen für die Integration. Im Norden von Potsdam und in der Mittelmark ergab die Umfrage den Wunsch nach besseren Radwegen und mehr ÖPNV. In Ostprignitz-Ruppin klagten die Menschen über schlechte Bildung.

Müsste man das nicht aufgreifen? Zur Kenntnis nehmen, dass der Wunsch nach einem Arzttermin innerhalb des laufenden Kalenderjahres nichts spezifisch Ostdeutsches ist? Dass Klimaschutz eine Menschheitsfrage ist, aber der Verzicht auf das Auto schwierig wird, wenn der Bus nur zweimal am Tag fährt? Gäbe es nicht Gesprächsbedarf jenseits der AfD?

Monika Maron hat in Potsdam mancherlei Problematisches verbreitet. Vieles klang wolkig, empiriefrei, fast nachgebetet. Und wenn sie über die zwei „niedlichen schwarzen Kinder“ in ihrem Dorf in der Uckermark erzählte, wollte man angestrengt weghören. Aber einen wirklich guten pragmatischen Vorschlag macht sie doch. Sie wünsche sich, dass alle, die der Meinung seien, sie könnten ihre Meinung nicht sagen, dies endlich mal täten: „Dann wäre der Spuk vorbei.“